

POLICY BRIEF | Juli 2020

DEUTSCHE PRIORITÄTEN FÜR AFRIKA WÄHREND SEINER PRÄSIDENTSCHAFT IM EU-RAT

Marta Martinelli und Bram Dijkstra

OPEN SOCIETY
EUROPEAN POLICY
INSTITUTE

2020 ist ein zentrales Jahr für die Beziehungen zwischen der EU und Afrika, die ein wichtiger Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ab dem 1. Juli 2020 sind. Die COVID-19-Krise hat Deutschland jedoch gezwungen, seine politischen Prioritäten zu ändern und sich wieder auf die Stabilität und Erholung der EU zu konzentrieren. Dies soll erreicht werden, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass die Union weiterhin Einfluss auf internationale Angelegenheiten hat, unter anderem durch die Verlagerung ihrer längerfristigen Partnerschaft mit Afrika. Mit einem für Oktober 2020 geplanten EU-Afrika-Gipfel bietet die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die Gelegenheit, die durch die aktuelle Krise aufgedeckten strukturellen Herausforderungen anzugehen und die interkontinentale Partnerschaft auf den Weg für eine nachhaltigere und gerechtere Zukunft zu bringen.

DEUTSCHLAND UND DIE EU-STRATEGIE FÜR AFRIKA

Die Vertiefung der europäischen Beziehungen zu Afrika hat in den letzten zehn Jahren zu einer zunehmenden Priorität geworden, da die Sicherheitsbedenken insbesondere im Hinblick auf den Anstieg von Terrorismus, Migration und Klimawandel gewachsen sind. Die demografische Änderung des Kontinents wird sowohl mit Besorgnis betrachtet – und wirft Fragen zu Migration, wirtschaftlicher Entwicklung, Beschäftigung und Instabilität auf – als auch als Chance insbesondere für neue Technologien, nachhaltiger grüner Entwicklung und Übergang zur Demokratie.

Im gleichen Zeitraum haben China, Russland, Israel, die Türkei und die GCC-Staaten¹ ihre Präsenz und ihren Einfluss in Afrika deutlich und insbesondere im Wirtschafts- und Sicherheitssektor erhöht. Häufig schließt dies die Lücke, wenn westliche Unterstützung zurückgezogen wird oder wenn eine Unzufriedenheit afrikanische Entscheidungsträger gegenüber westlichen Staaten entstanden ist. Der anhaltende geopolitische Wettbewerb um die Ressourcen Afrikas ermöglicht es den

afrikanischen Staaten, in ihren Partnerschaften selektiver vorzugehen und die Beziehungsdynamik von machtbasiert zu werben zu verändern². In diesem Zusammenhang betrachtet Deutschland die EU als ein Mittel, mit dem es in einer anderen Liga mitmischen kann, was eine starke EU für die deutsche Außenpolitik unabdingbar macht.

Angesichts dieser Änderungen wurde das Jahr 2020 von den EU-Mitgliedern zum Schlüsseljahr in den Beziehungen zwischen der EU und Afrika erklärt. Die Union entwickelte eine neue EU-Strategie für Afrika³ und hielt eine Reihe von Treffen zur Verbesserung der Partnerschaften in den Wirtschaftsbereichen Klima, neue Technologien, Sicherheit und verantwortungsvolle Staatsführung ab, die im Oktober 2020 in einem EU-Afrika-Gipfel ihren Abschluss finden. Deutschland spielte eine wichtige Rolle bei der Festlegung dieser Prioritäten⁴, da bereits erwartet wurde, dass diese einen wesentlichen Teil seiner EU-Ratspräsidentschaft ausmachen würden.

1 Golfkooperationsrat

2 Die südafrikanische Botschafterin in Deutschland, Phumelele Stone Sizani, bei der Veranstaltung *Erwartungen an die deutschen Afrika-Schwerpunkte während der EU-Ratspräsidentschaft* am 5. März 2020.

3 Europäische Kommission (2020). Auf dem Weg zu einer umfassenden Strategie mit Afrika. https://ec.europa.eu/international-partnerships/priorities/eu-africa_en

4 Präsentation von Sarah Bernardy, stellvertretende Leiterin der Planungsabteilung des Auswärtigen Amtes, während der Veranstaltung *Erwartungen an die deutschen Afrika-Schwerpunkte während der EU-Ratspräsidentschaft* am 5. März 2020.

WIE COVID-19 DIE DEUTSCHEN PRIORITÄTEN VERÄNDERTE

Die COVID-19-Pandemie wirkte sich drastisch auf die europäischen und deutschen Prioritäten aus, da die Gesundheits- und Wirtschaftskrisen zur unmittelbaren Priorität wurden. Für Deutschland bedeutete dies eine Verdoppelung der Stärkung der EU-Zusammenarbeit im Bereich der wirtschaftlichen Erholung und der Gesundheitsinfrastruktur⁵, während gleichzeitig versucht wurde, die unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie auf andere europäische Politiken zu mildern. Die deutschen Politiker erkennen auch an, dass die Auswirkungen der Pandemie auf andere Teile der Welt eine echte Herausforderung für Deutschland und die eigenen Interessen Europas darstellen. Die Beziehungen zu Afrika blieben somit sowohl auf bilateraler als auch auf EU-Ebene Priorität, wenn auch in unterschiedlicher Form.

Deutschland betreibt seine Außenpolitik traditionell über multinationale Organisationen wie die EU, die UNO oder die NATO. Dies bedeutet, dass sich die deutsche Politik, insbesondere in Bezug auf Afrika, ständig an die Position ihrer Partner, insbesondere Frankreichs, anpasst und darauf reagiert, um einen pragmatischen multilateralen Ansatz zu gewährleisten. Während dies zwar die Chancen für eine Zusammenarbeit erhöht, kann es Deutschland jedoch auch behindern, da es sich vielleicht entscheidet, die Initiativen der Partner zu unterstützen, anstatt eigene umzusetzen, wenn es der Ansicht ist, dass es Wettbewerb und Redundanz vermeiden⁶ und mehr Einfluss auf die Politik gewinnen kann.

Deutschlands klassischer Ansatz der wirtschaftlichen Entwicklung und Hilfe ist nach wie vor vorherrschend,

es wurden jedoch neue Prioritäten hinzugefügt, insbesondere in Bezug auf den Übergang in eine grüne und digitale Wirtschaft. Ersteres steht im Einklang mit der breiteren Priorisierung der grünen Politik in Deutschland auf nationaler, EU- und internationaler Ebene, während letzteres von wirtschaftlichen und demografischen Faktoren beeinflusst wird. In wirtschaftlicher Hinsicht betrachtet Deutschland grüne und digitale Technologien als zentral für moderne Volkswirtschaften, die einen breiteren Zugang zu Verbrauchern und eine größere wirtschaftliche Vielseitigkeit bieten. Demografisch gesehen befasst es sich mit den begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten für die jugendliche Bevölkerung Afrikas und den Herausforderungen, denen sich die deutschen Interessen gegenübersehen. Dieses Anliegen steht auch im Mittelpunkt der deutschen Migrationspolitik, die Restriktion und Abschreckung mit Investitionen und Entwicklung in Drittländern verbindet. Zusammen mit einer umweltfreundlichen Politik betrachtet sie solche Prioritäten als einen Weg, bessere Lebensgrundlagen für die lokale Bevölkerung zu fördern und Investitionsmöglichkeiten für die sehr einflussreiche deutsche Geschäftswelt zu schaffen.

Vor dem Ausbruch von COVID-19 sah diese Gemeinschaft Afrika als einen zunehmend wichtigen Markt, was sich in dem Anstieg des Handelsvolumenwerts (in Euro) zwischen Deutschland und Afrika⁷ im Jahr 2019 zeigt. In einigen Gebieten nahmen die Exporte und Importe erheblich⁸ zu. Investitionen in Afrika werden nach wie vor als vorrangig angesehen⁹, aber jüngste Daten

5 Die Bundeskanzlerin (2020). *Merkel fordert europäischen Zusammenhalt in Corona-Zeiten*. Hochgeladen am 25.04.2020.

<https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/mediathek/die-kanzlerin-direkt/europa-und-corona-pandemie-1747006!mediathek?query=>. Zugriff am 25. April 2020.

6 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2020). *Reformkonzept „BMZ 2030“ Umdenken – Umsteuern*. http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/BMZ-2030_Reformkonzept_200504.pdf

7 Statistisches Bundesamt (2020). *Außenhandel Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel (vorläufige Ergebnisse)*. https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Publikationen/Downloads-Aussenhandel/zusammenfassende-uebersichten-jahr-vorlaeufig-pdf-2070100.pdf?__blob=publicationFile#%5B%7B%22num%22%3A220%2C%22gen%22%3A0%7D%2C%7B%22name%22%3AYZ%22X%22%7D%2C0%2C842%2C0%5D pp.33-34 Zuletzt aufgerufen am 29. Mai 2020.

8 ebd. S. 36

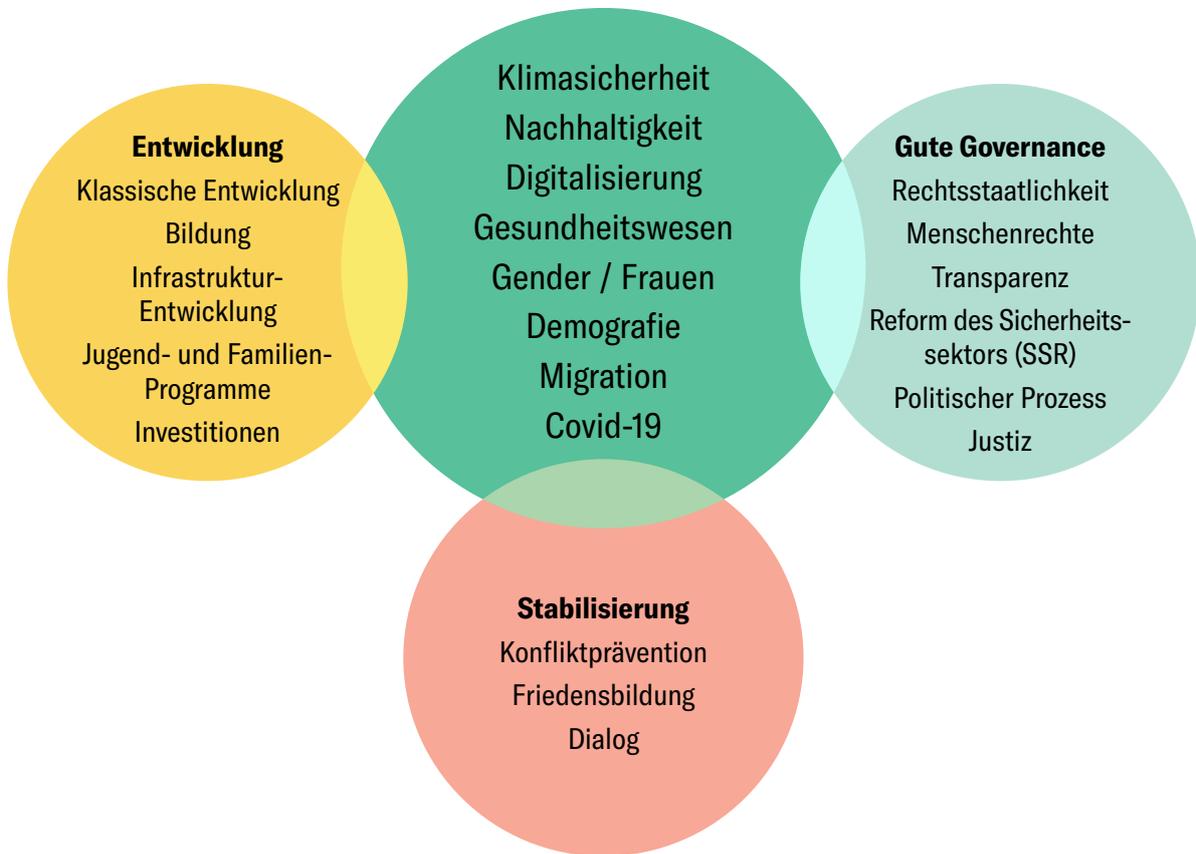
9 DIHK. AHK (2019). *Außenwirtschaftsbericht 2019 Ergebnisse einer Antwort bei den deutschen Industrie- und Handelskammern*. <https://www.dihk.de/resource/blob/12966/71f85ca6d472cf119e529bc0e2f3167e/dihk-aussenwirtschaftreport-2019-data.pdf> S. 17 Zuletzt aufgerufen am 29. Mai 2020.

zeigen, dass dieses Interesse aufgrund der COVID-19-Pandemie¹⁰ im Einklang mit weltweit gesunkenen Investitionen abnimmt.

Die deutsche Außenpolitik gegenüber Afrika wird auch von der „Werteagenda“ beeinflusst. Die Ausgaben für Entwicklungshilfe werden teilweise durch die Einhaltung einer Reihe von Bedingungen für eine verantwortungsvolle Staatsführung (von Deutschland festgelegt) bestimmt, wie die jüngste Neuklassifizierung der Partnerländer zeigt¹¹. Einige Partner haben festgestellt, dass sich ihr

Beziehungsstatus zu Deutschland geändert hat, entweder positiv (die Elfenbeinküste und Ghana) oder negativ (Burundi). Andere Staaten wie der Tschad haben gesehen, wie sich ihr Status zu einem der „Bewährung“ hin verlagert hat, wobei Reformen, die zu Verbesserungen in Bezug auf gute Regierungsführung führen, zu intensivierten Beziehungen führen können. Dies macht deutlich, dass Deutschland beabsichtigt, sein wirtschaftliches Gewicht und seinen Einfluss in der EU sowohl als Zuckerbrot als auch als Peitsche in seiner Außenpolitik zu nutzen.

Prioritäten deutscher Politik



SCHWERPUNKTREGIONEN DES ENGAGEMENTS

| | |
|----------------------------|--|
| Investitionsbereich | Algerien, Äthiopien, Ghana, Elfenbeinküste, Nigeria, Ruanda, Senegal, Südafrika |
| Stabilisierung | Zentralafrikanische Republik, Demokratische Republik Kongo, Liyben, Sahelstaaten, Somalia, Sudan, Tunesien |

10 DIHK. AHK (2020). *AHK World Business Outlook Frühjahr 2020*. <https://www.dihk.de/resource/blob/23018/e93433e0616986269d609a6df48b4c8f/ahk-world-business-outlook-fruehjahr-2020-englisch-data.pdf> S. 4 Letzter Zugriff am 29. Mai. 2020.

11 Christoph Hein. Manfred Schäfers. *Deutschland beendet Zusammenarbeit mit jedem dritten armen Land*. https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/deutschland-beendet-zusammenarbeit-mit-jedem-dritten-entwicklungsland-16745915.html?_ga=2.120287628.507729963.1588152021-966312082.1583488714&premium

DEUTSCHLANDS COVID-19-SUPPORT-PAKET

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat das „Emergency COVID-19 Support Programme“ für Entwicklungsländer ins Leben gerufen, das sich zum großen Teil auf afrikanische Staaten konzentriert¹². Dieses Programm empfiehlt wichtige strukturelle Änderungen in den Beziehungen zwischen der EU und Afrika, einschließlich der Einrichtung eines EU-Afrikanischen Rates für eine bessere Zusammenarbeit, mehr strukturelle und finanzielle Unterstützung durch EU-Institutionen sowie verbesserte Investitionsprogramme, um Investitionen des Privatsektors zu erleichtern¹³. Das BMZ hat 1,2 Milliarden Euro aus seinem Budget für dieses Programm bereitgestellt, um folgende Initiativen zu finanzieren:

- Verbesserung und Aufbau von Gesundheitsinfrastrukturen zur bilateralen Bekämpfung der Pandemie und im Rahmen des Forschungsprojekts „Global Health / One Health“
- Unterstützende Ernährungsprogramme, um Hungersnöten vorzubeugen

- Management von Flüchtlingen und Migrationskrisen
- Stabilisierungsprogramme
- Finanzielle Unterstützung für Unternehmen
- Bereitstellung eines finanziellen Sicherheitsnetzes für Staaten, die Mittel benötigen¹⁴

Das Programm unterstreicht, wie wichtig Stabilität und Sicherheit im Kontext der COVID-19-Pandemie und unter den Prioritäten der deutschen Präsidentschaft geworden sind. Dazu gehört die innere Sicherheit—Konzentration auf die Stärkung der Zusammenarbeit und Infrastruktur der EU gelegt wird, um sicherzustellen, dass die Hebelwirkung der EU in internationalen Angelegenheiten zumindest erhalten bleibt— und externe Sicherheit, indem anderswo stabile Bedingungen geschaffen werden - insbesondere in Afrika -, die die externen wirtschaftlichen, Gesundheits- und Sicherheitsrisiken verringern würden.

12 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2020). *Corona-Sofortprogramm – Corona besiegen wir nur weltweit oder gar nicht*. https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/bmz_corona_paket.pdf

13 ebd., S. 6

14 ebd., S. 7

POLITIKEMPFEHLUNGEN

Unter der Präsidentschaft des Deutschen EU-Rates, die Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Regierung am 29. Mai 2020 dargelegt haben, werden die Prioritäten der EU für Afrika durch die Kombination von COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen und ihren längerfristigen Ambitionen hinsichtlich Afrika festgelegt.

Gesundheitswesen und wirtschaftliche Erholung gehören verständlicherweise zu den dringendsten Prioritäten. Andere Bereiche, in denen Deutschland etwas bewirken will, wie die Regierungsführung sowie die grüne und digitale Agenda, bleiben jedoch weiterhin sehr wichtig. Da sie Teil einer umfassenderen langfristigen Politik sind, die sich aus den verschiedenen Agenden der deutschen Ministerien und zivilgesellschaftlichen Akteure für 2030 ergibt, geht ihre Entwicklung weit über die Präsidentschaft des Deutschen EU-Rates hinaus. Gemeinsam genommen zielen sie darauf ab, auf die durch die COVID-19-Krise veranlasste unmittelbaren Bedürfnisse zu reagieren und gleichzeitig Bausteine für die deutsche Politik gegenüber Afrika auf bilateraler und EU-Ebene für den Zeitraum 2020-2030 zu schaffen.

Gesundheitspolitik

Während der unmittelbare Schwerpunkt Deutschlands im Gesundheitswesen auf der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie durch erhöhte Test- und Forschungskapazitäten lag, bietet die Krise die Möglichkeit, in ihrer Partnerschaft mit Afrika eine breitere und nachhaltigere sozialpolitische Agenda voranzutreiben.

Die COVID-19-Krise zeigt, dass der Zugang zu öffentlichen Gütern (insbesondere Gesundheit, Hygiene und Bildung) nicht nur eine gemeinsame Verantwortung ist, sondern eine globale existenzielle Bedrohung darstellt, wenn er verweigert wird. Deutschland sollte die Bemühungen zur Förderung einer multisektoralen Sozialpolitik in Afrika als einzig nachhaltigen Weg zur Bewältigung von COVID-19 und anderen Krisen (Gesundheit oder auf andere Weise) unterstützen. Der Bedarf an der Entwicklung einer langfristigen Gesundheitsinfrastruktur ist nach wie vor groß, und in diesem Bereich könnte die internationale Gemeinschaft am hilfreichsten sein, um den Staat und andere Akteure dazu zu bewegen,

diese als zentrale öffentliche Verantwortung zu priorisieren.

Deutsche und EU-Beamte sollten auch Wege finden, um afrikanische Ansätze und Erfahrungen mit der Seuchenbekämpfung besser zu integrieren und ihre Gesundheitsreaktion im Einklang mit den bestehenden kontinentalen Rahmenbedingungen (wie der Erklärung von Abuja zur Gesundheitsfinanzierung) zu koordinieren. In Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren sollten bestehende einheimische Maßnahmen gemeinsam bewertet werden, um Lücken für Interventionen und Aufskalierung zu ermitteln. Dies ist auch ein Bereich, in dem inter- und intraregionales Lernen gefördert werden könnte.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die unmittelbaren Folgen von COVID-19 für die afrikanische Wirtschaft und die afrikanischen Haushalte waren schwerwiegend und betrafen Frauen und Arme überproportional. Afrika erwartet einen starken Rückgang des BIP, und Millionen formeller und informeller Arbeitnehmer haben ihren Lebensunterhalt und ihr Einkommen ohne Sicherheitsnetze oder sozialen Schutz verloren. Überweisungen, die höheren Wert besitzen als ausländische Direktinvestitionen, sinken— und schneiden wichtige Lebensadern ab.

Deutschland hat sich verpflichtet, seinen afrikanischen Partnern sowohl bilateral als auch über die EU Hilfe zu leisten, um die unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen zu begrenzen. Es schloss sich auch einer Reihe von Schuldenmoratorien und Stillhaltepaketen für notleidende Länder an. Schuldenmoratorien und -erleichterungen können Liquidität für die COVID-19-Reaktion bereitstellen. Sie behandeln jedoch nicht die Probleme mit der Anhäufung von Staatsschulden in Afrika, die mit strukturellen Bruchlinien in der globalen politischen Wirtschaft verbunden sind. Allein werden sie die strukturelle Herausforderung Afrikas zur nachhaltigen Erzeugung heimischer Ressourcen nicht lösen. Eine strengere Governance und Rechenschaftspflicht ist sowohl für bilaterale als auch für multilaterale Kredite (sowie für Unternehmenskredite) erforderlich. Die

Umstrukturierung der Schulden, die die künftigen Kreditoptionen und progressiven Steuersysteme der afrikanischen Länder schützt, bleibt für die afrikanischen Länder die nachhaltigste Möglichkeit, die transformative Wirtschafts- und Sozialpolitik zu finanzieren.

Deutschland sollte seine Präsidentschaft nutzen, um Reaktionen zu gestalten, die die lokale Wirtschaft wieder aufbauen und die Lebensgrundlagen in den am stärksten betroffenen Sektoren verbessern. Vor COVID-19 war Afrika bereits mit einem Defizit von fast 20 Millionen Arbeitsplätzen pro Jahr konfrontiert, insbesondere bei jungen Menschen. Derzeit sind 250 Millionen Afrikaner südlich der Sahara in informellen städtischen Beschäftigungsverhältnissen gefährdet, und in kleinen und mittleren Unternehmen gehen möglicherweise 20 Millionen Arbeitsplätze verloren. Nachhaltige internationale Reaktionen müssten der Rolle der Kleinbauern bei der Erholung und der langfristigen Ernährungssicherheit besondere Aufmerksamkeit widmen, informelle Arbeitnehmer in Sozialschutzpläne einbeziehen und die entscheidende Rolle der Pflegewirtschaft priorisieren, wobei Frauen-, Arbeitnehmer- und Jugendlichen-Gruppen in Sanierungsplänen aktiv einbezogen werden.

Schließlich bietet die COVID-19-Krise die Gelegenheit, ein neues Paradigma für grüne und widerstandsfähige Volkswirtschaften mitzugestalten. Deutschland sollte afrikanische Initiativen zu umweltfreundlichen Transformationsplänen unterstützen, unter anderem durch ein spezielles Finanzierungsinstrument für eine umweltfreundliche kontinentalweite Infrastrukturentwicklung. Es sollte auch das afrikanische kontinentale Freihandelsabkommen (AfCTA) unterstützen, um durch harmonisierte Politiken und neue Wertschöpfungs- und Lieferketten eine langfristige Widerstandsfähigkeit aufzubauen. Es besteht unter anderem durch Schaffung von Anreizen für innovative Geschäftsmodelle eine echte Chance, mit afrikanischen Ländern beim Aufbau der Energieinfrastruktur des Kontinents zusammenzuarbeiten, um die Energieversorgung auf einige der ärmsten Teile des Kontinents auszuweiten.

Governance

Die COVID-19-Pandemie hat die Krise der Führung, Demokratie und Governance auf dem gesamten Kontinent verschärft. Die EU hat ein strategisches Interesse an der Stärkung der demokratischen Widerstandsfähigkeit in Afrika, und die Pandemie bietet die Möglichkeit, die jüngsten Probleme der langfristigen Regierungsführung zu lösen, indem bürgernahe Ansätze an erster Stelle stehen.

Deutschland kann eine Rolle bei der Stärkung der längerfristigen politischen Partnerschaft der EU mit Afrika spielen, indem es die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Wahlintegrität stärker in den Vordergrund stellt. Die EU hat traditionell die Förderung der Demokratie in Afrika unterstützt, aber der Kontext ist sowohl divergierender als auch herausfordernder geworden und erfordert aktualisierte und maßgeschneiderte Ansätze. Während die Angriffe auf bürgerliche Akteure auf dem gesamten Kontinent fortgesetzt werden, sollte Deutschland proaktive Schritte unternehmen, um die Interessengruppen der Zivilgesellschaft in all seinem Engagement in Afrika zu stärken und sich für ein partizipatives Bottom-up-Engagement einzusetzen, wo immer dies möglich ist. Dies erfordert unterstützende Wege für die Zivilgesellschaft und die am unmittelbarsten betroffenen Gemeinschaften, um direkt mit den Gebern über deren Bedürfnisse zu informieren.

Sowohl in seiner Reaktion auf COVID-19 als auch in der längerfristigen Partnerschaft sollte Deutschland auch versuchen, Transparenz und Rechenschaftspflicht zu fördern. Momente der Krise sind ein fruchtbarer Boden für Opazität. Die Einführung und Durchsetzung von Transparenz- und Rechenschaftspflichtmechanismen für Bürger und Regierungen zur Überwachung der Wiederherstellungsbemühungen ist in Krisenzeiten umso wichtiger. Rückblickend auf die Lehren aus dem Ebola-Ausbruch in Westafrika, die mangelnde Transparenz bei der Mittelzuweisung und die Misswirtschaft der Mittel haben nicht nur das Gesundheitssystem untergraben, sondern auch die Krise verschärft.

FAZIT

Deutschlands traditionelle außenpolitische Prioritäten bestimmen weiterhin das Verhältnis zu Afrika, sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene. Sie bleiben für die Präsidentschaft des Deutschen EU-Rates wichtig, aber neue, dringende Prioritäten wie Sozialschutz, wirtschaftliche Gerechtigkeit und Unterstützung der Demokratie sollten das Engagement für Afrika beeinflussen. Einige davon spiegeln sich im „Emergency COVID-19 Support Programme“ wider,

das zeigt, wie wichtig Deutschland für stabile Bedingungen in der Nachbarschaft Europas und darüber hinaus ist und wie es beabsichtigt, die EU-Präsidentschaft zu nutzen, um Reformen mit der EU selbst und seinen Beziehungen zu Afrika voranzutreiben. Dieses Programm birgt das Potenzial, ein Baustein für die künftigen Beziehungen zu Afrika zu werden, jedoch nur dann, wenn es seine COVID-19-Unterstützung auf eine dauerhaftere Partnerschaft ausrichtet.

**OPEN SOCIETY
EUROPEAN POLICY
INSTITUTE**

© 2020 Open Society Foundations



opensocietyfoundations.org